

Stadt Hilden

## Niederschrift

**über die 8. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Haupt- und  
Finanzausschusses am Mittwoch, 29.06.2011 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des  
Bürgerhauses**

Anwesend waren:

### Vorsitz

Herr Bürgermeister Horst Thiele

### Ratsmitglieder

Frau Marion Buschmann	CDU
Frau Claudia Schlottmann	CDU
Herr Norbert Schreier	CDU
Frau Angelika Urban	CDU
Frau Birgit Alkenings	SPD
Frau Anabela Barata	SPD
Frau Dagmar Hebestreit	SPD
Herr Rolf Mayr	SPD
Herr Hans-Werner Schneller	SPD
Herr Kurt Wellmann	SPD für Torsten Brehmer
Herr Rudolf Joseph	FDP
Herr Thomas Remih	FDP
Herr Walter Corbat	BA/CDf für Dr. Christina Kra- semann-Sharma
Herr Ludger Reffgen	BA/CDf
Herr Dr. Peter Schnatenberg	BA/CDf
Herr Klaus-Dieter Bartel	Grüne
Frau Ellen Reitz	Grüne
Herr Werner Horzella	dUH
Frau Marlene Kochmann	dUH für Prof. Dr. Ralf Bom- mermann
Herr Friedhelm Burchartz	Freie Liberale

### Von der Verwaltung

Herr Beig. Reinhard Gatzke	
Herr 1. Beig. Norbert Danscheidt	
Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete	
Herr Lutz Wachsmann	
Herr Michael Witek	
Frau Monika Ortmanns	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Tobias Schlusche	

## Tagesordnung:

### Eröffnung der Sitzung

### Änderungen zur Tagesordnung

### Einwohnerfragestunde

- |     |  |                    |
|-----|--|--------------------|
| 1   | Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers  | WP 09-14 SV 01/061 |
| 2   | Befangenheitserklärungen   |                    |
| 3   | CO-Pipeline der Firma Bayer-Material Science - Sachstandsbericht   |                    |
| 4   | Anregungen und Beschwerden   |                    |
| 4.1 | Anregung gemäß § 24 GO NW hier: Einmündung Gerresheimer Straße/ Lodenheide   | WP 09-14 SV 66/039 |
| 5   | Änderung der Gebührensatzung für die Musikschule - Strukturelle Angleichung der Musikschulgebühren -                                   | WP 09-14 SV 41/071 |
| 6   | Winterdienst   | WP 09-14 SV 68/026 |
| 7   | Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen   |                    |
| 7.1 | Neuer Termin für HHKA  |                    |
| 7.2 | Regionalisierung der Mai-Steuerschätzung   |                    |
| 7.3 | Abschluss 2010   |                    |
| 7.4 | Konjunkturmittel   |                    |
| 8   | Entgegennahme von Anfragen und Anträgen  |                    |
| 8.1 | Bitte des RM Horzella - Frühzeitige Freischaltung der Tagesordnung im Internet   |                    |
| 8.2 | Antrag dUH - Public Viewing Europameisterschaft 2012   |                    |
| 8.3 | Anfrage BA/CDf - Ermittlungsverfahren gegen RM Joseph und Remih  |                    |
| 8.4 | Anfrage BA/CDf - Prüfung der vergaberechtlichen Konformität der von der IGH mbH verwirklichten Bauvorhaben; hier: Aktueller Sachstand" |                    |

Um 17.30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

## **Eröffnung der Sitzung**

---

Der Vorsitzende, Bürgermeister Thiele, eröffnete die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und begrüßte die anwesenden Ausschussmitglieder. Zuschauer und Presse waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht vertreten. Zur Tagesordnung stellte er fest, dass zu der Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Unterlagen vollständig zugegangen seien.

## **Änderungen zur Tagesordnung**

---

Am Morgen des Sitzungstages wurde durch die Fraktion BA/CDf folgender Dringlichkeitsantrag zur Tagesordnung gestellt.

**Dringlicher Antrag**  
**in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 29.06.2011**  
**zur Erweiterung der Tagesordnung um den TOP:**  
**„Dichtheitsprüfungen nach § 61a LWG NRW“**

*Der Haupt- und Finanzausschuss möge beschließen:*

*„Der Bürgermeister wird beauftragt, im Namen der Stadt Hilden den Landtag von NRW aufzufordern, die Pflicht zur Überprüfung der Dichtheit bestehender Abwasserkanäle (§ 61a LWG NRW) zu überprüfen bzw. auch auszusetzen bis eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung verabschiedet wurde.*

*Der Bürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob bzw. unter welchen Voraussetzungen die vom Rat der Stadt Hilden in diesem Zusammenhang beschlossenen Satzung ausgesetzt werden kann.*

**Begründung:**

*Solange die Bundesrechtsverordnung zu § 61 Wasserhaushaltsgesetz des Bundes (WHG) noch fehlt, sollte NRW nicht als Vorreiter Regelungen treffen, die einem künftigen bundeseinheitlichen Vorgehen widersprechen könnten.*

*Durch § 61a Landeswassergesetz (LWG) werden die Grundstücksbesitzer in Nordrhein-Westfalen verpflichtet, die Dichtheit der Grund- und Anschlussleitungen bis zum Anschlusspunkt an den öffentlichen Kanal nachzuweisen.*

*Die Überprüfungen der privaten Abwasserleitungen können bei vielen Hauseigentümern aufgrund der daraus entstehenden Sanierungskosten zu erheblichen finanziellen Belastungen führen. Für einige Bürger werden die Kosten nicht zu finanzieren sein, so dass auch soziale Härtefälle auftreten können.*

*Der Sinn der Überprüfungsmaßnahmen ist unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit von Umweltschutzaspekten und Finanzaufwendungen mehr als zweifelhaft und betroffenen Bürgern so gut wie nicht zu vermitteln.*

*Es ist den Betroffenen auch nicht zu vermitteln, dass in NRW je nach kommunalen Gegebenheiten die Dichtigkeitsprüfungen äußerst starr vorgeschrieben sind, im benachbarten Niedersachsen dazu aber deutlich flexiblere Gestaltungsansätze gesetzlich fixiert sind. Zwischen der Gesamtheit der Bundesländer bestehen ohnehin gravierende Unterschiede. NRW stellt dabei die höchsten Anforderungen.*

*Ein Großteil der Bundesländer sieht derzeit kein Erfordernis für landesspezifische Regelungen zur Dichtigkeitsprüfung, sondern favorisiert ein im Einzelfall zwischen Kommune und privatem Grundstückseigentümer abgestimmtes Vorgehen zur Beseitigung entwässerungstechnischer Missstände.*

*Die Rahmenbedingungen werden dabei durch die Satzungsbefugnisse der Kommunen vor Ort geregelt.*

*Diese Vorgehensweise ermöglicht eine aus umweltschutzrechtlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten sinnvolle Durchführung, die gleichzeitig eine unnötige Belastung aller Grundstückseigentümer und Wohnungsgesellschaften vermeidet.*

Walter Corbat, stellv. Fraktionsvorsitzender BA/CDf

Der Bürgermeister teilte mit, dass die Verwaltung nach Prüfung zu dem Ergebnis gekommen ist, dass keine Dringlichkeit nach der Gemeindeordnung vorliegt.

Eine Diskussion folgte, in der die Ratsmitglieder Burchartz, Corbat, Dr. Schnatenberg und Weinrich im Namen ihrer Fraktionen sich für die Dringlichkeit ausgesprochen haben, da Zeichen gesetzt werden sollen und die nächste Ratssitzung zeitlich nicht ausreicht um dieses Thema sinnvoll auf den Weg zu bringen. Namentliche Abstimmung wurde durch die Ratsmitglieder Corbat und Burchartz beantragt.

Die Ratsmitglieder Alkenings, Buschmann, Horzella und Joseph meinten für ihre Fraktionen, dass eine Beratung in der nächsten Ratssitzung zeitlich ausreichen würde und eine Dringlichkeit nicht gegeben sei.

Bürgermeister Thiele deutete auf die Rechtslage bzgl. der Dringlichkeit hin und erklärte, im Falle des positiven Beschlusses die Abstimmung beanstanden zu müssen.

Der Bürgermeister ließ über den Antrag zur Aufnahme in die Tagesordnung namentlich abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 17 Nein-Stimmen bei 4 Ja-Stimmen abgelehnt

Namentliche Abstimmung:

CDU

Buschmann, Marion	Nein
Schreier, Norbert	Nein
Urban, Angelika	Nein
Schlottmann, Claudia	Nein

SPD

Alkenings, Birgit	Nein
Barata, Anabela	Nein
Wellmann, Kurt	Nein

Hebestreit, Dagmar	Nein
Mayr, Rolf	Nein
Schneller, Hans-Werner	Nein

FDP	
Remih, Thomas	Nein
Joseph, Rudolf	Nein

BA/CDf	
Corbat, Walter	Ja
Reffgen, Ludger	Ja
Schnatenberg, Peter Dr.	Ja

Grüne	
Bartel, Klaus-Dieter	Nein
Reitz, Ellen	Nein

dUH	
Horzella, Werner	Nein
Kochmann, Marlene	Nein

FL	
Burchartz, Friedhelm	Ja

*Nachrichtlich fraktionelle Auflistung*

SPD-Fraktion:	Nein
CDU-Fraktion:	Nein
Fraktion BA/CDf:	Ja
FDP-Fraktion:	Nein
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Nein
dUH-Fraktion:	Nein
Fraktion Freie Liberale:	Ja
Bürgermeister:	Nein

---

### **Einwohnerfragestunde**

---

Es waren keine Bürger/innen anwesend.

1 Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers

WP 09-14 SV 01/061

Eine Beratung hierüber erfolgte nicht, so dass abgestimmt wurde.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Haupt- und Finanzausschuss bestellt Herrn Tobias Schlusche zum stellvertretenden Schriftführer gemäß § 58 Abs.1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig beschlossen

## 2 Befangenheitserklärungen

---

Es wurde keine Befangenheit angezeigt.

## 3 CO-Pipeline der Firma Bayer-Material Science - Sachstandsbericht

---

Bezüglich der Inbetriebnahme der CO-Pipeline lagen der Verwaltung keine neuen Erkenntnisse vor.

## 4 Anregungen und Beschwerden

---

### 4.1 Anregung gemäß § 24 GO NW hier: Einmündung Gerresheimer Straße/ Lodenheide WP 09-14 SV 66/039

---

Eine Beratung hierüber erfolgte nicht, so dass abgestimmt wurde.

#### **Beschlussvorschlag:**

„Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hilden nimmt den folgenden Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses zur Kenntnis.“

*Beschluss des Stadtentwicklungsausschuss 18.05.2011:*

*Der Antrag des Bürgerverein Hilden-Meide e.V. vom 08.06.2010 nach § 24 GO NW auf Umgestaltung der Einmündung der Straße „Lodenheide“ in die Gerresheimer Straße derart, dass die Verkehrsinsel eingeebnet und die Verkehrsführung geändert wird, wird abgelehnt.*

#### Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 15 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung beschlossen

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Ja
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Nein
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Ja
Fraktion Freie Liberale	Ja

- 5 Änderung der Gebührensatzung für die Musikschule - Strukturelle WP 09-14 SV 41/071  
Angleichung der Musikschulgebühren -
- 

Nach kurzer Beratung und Stellungnahmen durch die Ratsmitglieder Bartel und Burchartz wurde zur Abstimmung aufgerufen.

Nach Abstimmung fragte Ratsmitglied Weinrich, ob diese Tarifierhöhung bereits in der Finanzplanung berücksichtigt sei.

Kämmerer Klausgrete verneinte dies, verwies jedoch darauf, dass alle 2 Jahre eine tendenzielle Erhöhung Berücksichtigung finden würde.

### **Beschlussvorschlag:**

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Kultur und Heimatpflege die vorgelegte

### **9. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Musikschule der Stadt Hilden.“**

#### **1) Gebührensatzung, § 10 Gebührentarife, Tarif 3,**

##### **alt:**

Tarif	Unterrichtsart	Min./Woche	Teilnehmerzahl	Gebührenanteil/Monat	Gebühr/Jahr
3	Gruppenunterricht	45	3	28 €	336 €

##### **neu:**

Tarif	Unterrichtsart	Min./Woche	Teilnehmerzahl	Gebührenanteil/Monat	Gebühr/Jahr
3	Gruppenunterricht	45	3	30 €	360 €

#### Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 19 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen beschlossen

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Ja
Fraktion BA/CDf:	Ja
FDP-Fraktion:	Nein
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Ja
Fraktion Freie Liberale	Ja

## 2) Gebührensatzung, § 11 Erwachsenenzuschlag

alt:

neu:

Zusätzlich zu den Unterrichtsgebühren zahlen erwachsene Schüler/innen einen Erwachsenenzuschlag von 15%.	Zusätzlich zu den Unterrichtsgebühren zahlen erwachsene Schüler/innen einen Erwachsenenzuschlag von <b>25%</b> .
--	--

Hier erfolgte eine Alternativabstimmung über 15%, 20%, und 25%.

### Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 17 Stimmen wurde 25% (bei 2 Stimmen für 20% und 2 Stimmen für 15%) beschlossen.

SPD-Fraktion:	25%
CDU-Fraktion:	25%
Fraktion BA/CDf:	25%
FDP-Fraktion:	15%
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	20%
dUH-Fraktion:	25%
Fraktion Freie Liberale	25%
Bürgermeister	25%

Es erfolgte eine Beratung und Stellungnahme aller Fraktionen. Der Amtsleiter des Zentralen Bauhofs Hanke, der der Sitzung beiwohnte, stellte sich den Fragen der Fraktionen und beantwortete diese zum größten Teil.

Die Ratsmitglieder Horzella (dUH), Bartel (Grüne), Joseph (FDP), Alkenings (SPD) und Frau Buschmann (CDU) sprachen sich im Namen ihrer Fraktion mit wenigen einzelnen Ausnahmen für die aufgeführten Punkte der Sitzungsvorlage aus.

Die Ratsmitglieder Weinrich (BA/CDf) und Burchartz (FL) erklärten, dass ihre Fraktionen lediglich der Beteiligung der Salzreserven sowie dem Beitritt zur Einkaufsgemeinschaft des Landesbetriebs Straßen NRW zustimmen.

Das Ratsmitglied Horzella gab mit der Bitte um Aufnahme in das Protokoll an, dass die Anmeldung zur Beteiligung an den Salznotreserven im Falle des Beschlusses beim Landesbetrieb Gelsenkirchen am morgigen Donnerstag 30. Juni 2011 eingehen muss. Zugleich fragte er den Bürgermeister Thiele ob dieser Stichtag der Verwaltung bekannt sei. Der Bürgermeister bejahte dies.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Hilden nimmt nach Vorberatung durch den H+F das durch den Gutachter Herrn Dr. Hanke erstellte Gutachten zur Kenntnis.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die durch den Gutachter empfohlenen organisatorischen und technischen Optimierungsvorschläge aufzugreifen und kurzfristig umzusetzen.

Zur Verbesserung der technischen Infrastruktur und zur Optimierung der zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen werden nachfolgende Maßnahmen beschlossen:

Investiv

Salzlagerhalle mit Silo-Fördereinrichtung und Solebereiter	350.000 €
Einfriedung Grundstück	7.000 €
Ergänzung des in Beschaffung befindlichen LKW 3-Achser/Allrad, MAN TGS	51.000 €
vorhandener LKW, 2-Achser-Allrad, DB 1829 AK, ME – ZB 1000	46.000 €
vorhandener LKW, 3-Achser/Vorlaufachse, DB 2527, ME – 2919	22.100 €
vorhandener LKW, 3-Achser/Nachlaufachse, Actros , ME – 2247	22.100 €
vorhandener Klein-LKW-Allrad, Multicar, ME – 2066	16.000 €
vorhandener Klein-LKW-Allrad, Multicar, ME – 2183	16.000 €
Zusätzlicher LKW 3-Achser mit Winterdienstausrüstung	256.100 €
Schlepper mit kompletter Winterdienstausrüstung	105.000 €
<b>optional</b> Mehrkosten Ausrüstung von 2 Streuern als Kombinationsstreuer	62.800 €
<b>optional bei Miete einer Salzlagerhalle</b>	
Kauf eines Solebereiters <b>oder</b>	52.800 €
Kauf eines 50.000 Liter Soletanks	77.200 €
<b>Schneepflüge</b>	
rechnergesteuerte Streckenführung mit Rückfahrkameras	52.200 €
	36.000 €

Ergebnis

Erweiterung der Grundstücksfläche jährlich 28.180 € in 2011 anteilig	9.400 €
Führerscheine	15.000 €
Beauftragung Fremdunternehmen	30.000 €
Beteiligung der Stadt Hilden an der landesweiten Salzreserve	20.600 €
<b>Optional</b> Miete einer Halle zur Salzeinlagerung inklusiver Miete Radlader jährlich 33.500 € in 2011 anteilig	11.200 €

Der Rat stimmt dem Neubau einer Streugutlagerhalle mit einer Förderanlage und mit einem Soleaufbereiter nach Vorlage der Unterlagen gem. § 14 GemHVO mit den ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 350.000 € zu.

**Auf Grund der nunmehr vorliegenden Zahlen aus der Regionalisierung der Steuerschätzung 2011 kann beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von Mehrerträgen über 700.000,- € ausgegangen werden.**

**Weiterhin stehen Mehrerträge beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer von 60.000,- € zur Verfügung.**

**In dieser Höhe stehen zur Finanzierung des Winterdienstes Mittel zur Verfügung.**

Der Rat der Stadt Hilden beschließt, für den Winter 2011/2012 und 2012/2013 den Beitritt der Stadt Hilden zur Einkaufsgemeinschaft des Landesbetriebes Straßen NRW.

**Die Abstimmungen wurde wie gefolgt durchgeführt:**

### 1. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

Zusätzlicher LKW 3-Achser mit Winterdienstausrüstung	256.100 €
Schlepper mit kompletter Winterdienstausrüstung	105.000 €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt

### 2. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

Ergänzung des in Beschaffung befindlichen LKW 3-Achser/Allrad, MAN TGS	51.000 €
--	----------

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 17 Ja-Stimmen bei 4 Nein-Stimmen beschlossen

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Ja
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Ja
Fraktion Freie Liberale	Nein
Bürgermeister	Ja

### 3. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

vorhandener LKW, 2-Achser-Allrad, DB 1829 AK, ME – ZB 1000	46.000 €
--	----------

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 17 Ja-Stimmen bei 4 Nein-Stimmen beschlossen

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Ja
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Ja
Fraktion Freie Liberale	Nein
Bürgermeister	Ja

### 4. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

vorhandener LKW, 3-Achser/Vorlaufachse, DB 2527, ME – 2919	22.100 €
--	----------

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 17 Ja-Stimmen bei 4 Nein-Stimmen beschlossen

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Ja
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Ja
Fraktion Freie Liberale	Nein
Bürgermeister	Ja

### 5. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

vorhandener Klein-LKW-Allrad, Multicar, ME – 2066	16.000 €
---	----------

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Ja
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Ja
Fraktion Freie Liberale	Nein
Bürgermeister	Ja

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 17 Ja-Stimmen bei 4 Nein-Stimmen beschlossen

### 6. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

vorhandener LKW, 3-Achser/Nachlaufachse, Actros , ME – 2247	22.100 €
---	----------

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 16 Ja-Stimmen bei 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung beschlossen

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Ja
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Ja
Fraktion Freie Liberale	Nein
Bürgermeister	Enthaltung

### 7. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

vorhandener Klein-LKW-Allrad, Multicar, ME – 2183	16.000 €
---	----------

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 17 Ja-Stimmen bei 4 Nein-Stimmen beschlossen

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Ja

Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Ja
Fraktion Freie Liberale	Nein
Bürgermeister	Ja

### 8. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

<b>optional</b> Mehrkosten Ausrüstung von 2 Streuern als Kombinationsstreuer	62.800 €
--	----------

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 11 Ja-Stimmen bei 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen beschlossen

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Ja
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Nein
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Enthaltung
dUH-Fraktion:	Nein
Fraktion Freie Liberale	Nein
Bürgermeister	Ja

### 9. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

Kauf-Variante

Salzlagerhalle mit Silo-Fördereinrichtung und Solebereiter	350.000 €
Einfriedung Grundstück	7.000 €
Erweiterung der Grundstücksfläche jährlich 28.180 € in 2011 anteilig	9.400 €

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 12 Nein-Stimmen bei 9 Ja-Stimmen abgelehnt

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Nein
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Nein
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Nein
Fraktion Freie Liberale	Nein
Bürgermeister	Ja

### 10. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

Miet-Variante

<b>Optional</b> Miete einer Halle zur Salzeinlagerung inklusiver Miete Radlader jährlich 33.500 € in 2011 anteilig	11.200 €
--	----------

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 15 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen beschlossen

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Ja
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Nein
Fraktion Freie Liberale	Nein
Bürgermeister	Ja

#### 11. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

<b>optional bei Miete einer Salzlagerhalle</b>	
Kauf eines Solebereiters	52.800 €

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 13 Ja-Stimmen bei 8 Nein-Stimmen beschlossen

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Nein
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Ja
Fraktion Freie Liberale	Nein
Bürgermeister	Ja

#### 12. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

Führerscheine	15.000 €
---------------	----------

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 17 Ja-Stimmen bei 4 Nein-Stimmen beschlossen

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Ja
Fraktion BA/CDf:	Nein
FDP-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Ja
Fraktion Freie Liberale	Nein
Bürgermeister	Ja

#### 13. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

Beauftragung Fremdunternehmen	30.000 €
-------------------------------	----------

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

#### 14. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

Beteiligung der Stadt Hilden an der landesweiten Salzreserve	20.600 €
--	----------

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

#### 15. Abstimmung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt, für den Winter 2011/2012 und 2012/2013 den Beitritt der Stadt Hilden zur Einkaufsgemeinschaft des Landesbetriebes Straßen NRW.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

## 7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

---

### 7.1 Neuer Termin für HHKA

---

Der 1. Beigeordnete Danscheidt teilte mit, dass die ausgefallene Sitzung des Haushaltskonsolidierungsausschuss für den 13. Oktober 2011 terminiert ist.

### 7.2 Regionalisierung der Mai-Steuerschätzung

---

Der Kämmerer Klausgrete führte zum o. g. Thema folgendes aus:

Nach Vorlage der Daten ist mit folgenden Verbesserungen zu rechnen:

- Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in 2011 = +700 T€
- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer in 2011 = 60 T€
- Gesamtverbesserung 760 T€
- Für 2012 ergibt sich höchstwahrscheinlich ebenfalls eine Verbesserung aus den genannten beiden Bereichen von 450 T€

Die Gewerbesteuer ist für 2011 mit 49,0 Mio. € geplant. Aktuell kann der Ansatz nicht nur erreicht, sondern sogar leicht überschritten werden. Wie immer stellt dieses allerdings eine Momentaufnahme dar. Die nächsten Wochen werden zeigen, ob sich die Zahlen bestätigen.

Die gesamte Situation gibt sicherlich Hoffnung, dass es besser wird, allerdings darf nicht verkannt werden, dass auch mit den besseren Zahlen der Ergebnishaushalt immer noch negativ ist.

In Kenntnis der Auswirkungen der heutigen SV „Winterdienst“ wird aktuell ein Finanzstatus erstellt um dann die Frage zu beantworten, ob ein Nachtrag aufgestellt werden muss.

Wie üblich werden die Fraktionen dann unterrichtet werden.

### 7.3 Abschluss 2010

---

Kämmer Klausgrete kam auf die Beratungen zum Abschluss 2009 im Rechnungsprüfungsausschuss zu sprechen. Dort ging es um die Probleme mit dem Abgleich der Forderungen. Er berichtete, dass dieses, wie auch damals schon erläutert, ein Darstellungsproblem sein. Rd.  $\frac{3}{4}$  aller offenen Posten seien in der Zwischenzeit geprüft worden. Ergebnisveränderungen gab es nicht.

Weiterhin habe der Kreis Mettmann und die Gemeindeprüfungsanstalt NRW mitgeteilt, dass Zuweisungen an Dritte, die eine Zweckbindung haben in der Bilanz dargestellt werden müssen. Hier sind auf der Aktiv- und Passivseite jeweils Rechnungsabgrenzungsposten zu bilden. Für die Gesamtverwaltung wurden die Ermittlungen durchgeführt und mit rd. 2,3 Mio. € ergebnisneutral in den Abschluss 2010 eingebucht.

Vor diesem Hintergrund konnte der Abschluss noch nicht vorgelegt werden. Gegenüber der Planung mit - 8,5 Mio. € wird sich eine Verbesserung um 3 Mio. € auf dann noch -5,4 Mio. ergeben.

### 7.4 Konjunkturmittel

---

Weiterhin teilte Kämmer Klausgrete zu den Konjunkturmitteln nachfolgendes mit.

Es standen Mittel von 4,4 Mio. € zur Verfügung. Abgerufen wurden mit Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes rd. 4 Mio. €. Zwei weitere Mittelabrufe von 0,27 Mio. € stehen an (Theresien-schule und Ev. Schulzentrum – Maßnahmen abgeschlossen), so dass für die lfd. Projekte:

- Sanierung Kita Zur Verlach 22
- Sanierung Kita Kolpingstr. 2 (AWO)
- Sanierung Kita Clarenbachweg

noch rd. 130T€ abgerufen werden können.

## 8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

---

### 8.1 Bitte des RM Horzella - Frühzeitige Freischaltung der Tagesordnung im Internet

---

Das RM Horzella stellte fest, dass zwei Tage vor der Sitzung im Internet noch nicht die Freischaltung der Tagesordnung sowie der Sitzungsvorlagen geschehen war. Er bat darum, dass dies nicht wieder vorkommen sollte.

## 8.2 Antrag dUH - Public Viewing Europameisterschaft 2012

---

RM Horzelle reichte für die dUH-Fraktion folgenden Antrag ein:

*Der Rat der Stadt Hilden möge beschließen:*

*Der Bürgermeister wird beauftragt, bei der Fußball-Europameisterschaft 2012 ein public viewing zu ermöglichen. Hier für sind geeignete Standorte ebenso zu untersuchen wie die Beteiligung der heimischen Gastronomie und Wirtschaft. Haushaltsmittel werden nicht bereit gestellt.*

### Begründung:

*Im nächsten Jahr findet vom 08. Juni bis zum 01. Juli die Fußball-Weltmeisterschaft statt. Um ein Gemeinschaftserlebnis des public viewing zu ermöglichen, sind rechtzeitige Planungen unter Einbeziehung der Gastronomie und potentieller Sponsoren nötig. Mit der entsprechenden Konzeption dürfte die Durchführung ohne Haushaltsmittel möglich sein.*

Werner Horzella

## 8.3 Anfrage BA/CDf - Ermittlungsverfahren gegen RM Joseph und Remih

---

RM Dr. Schnatenberg reichte für die BA/CDf-Fraktion folgende Anfrage ein:

### **Die Fraktion BA/CDf fragt den Bürgermeister der Stadt Hilden wie folgt:**

- 1. Ist der Verwaltung bekannt in welchem Verfahrensstadium sich die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Düsseldorf wegen Abrechnungsbetruges gegen Rudolf Joseph, Thomas Remih und andere befindet?*
- 2. Hat die Stadt Hilden gegen Herrn Joseph, Herrn Remih und andere Rückzahlungsansprüche geltend gemacht. Wenn ja, in welcher Höhe?*

### **Begründung:**

*Vor nicht ganz einem Jahr zeigte der Bürgermeister der Stadt Hilden, Herrn Rudolf Joseph, Herrn Thomas Remih und andere wegen des Verdachts des Abrechnungsbetruges an.*

*Im Zusammenhang damit erhielten die Fraktionen im vergangenen Jahr vom Bürgermeister per Mail einige Informationen, die Vorwürfe und den Verfahrensstand betreffend. In diesem Jahr wurden die Fraktionen aus dem Rathaus dreimal informiert:*

- Am 19. April 2011 erhielten die Fraktionen in Kopie ein Schreiben der FDP-Mandatsträger Joseph, Remih und Schröder an den Bürgermeister vom selben Tage, in dem unter anderem zu lesen war, dass „nach dem Ergebnis des Landeskriminalamts NRW an insgesamt sieben Tagen*

für die drei Unterzeichner jeweils eine Stunde Verdienstausschlag zuviel für die Teilnahme an Fraktionssitzungen ausgezahlt worden sei.“

- Am 3. Mai 2011 erhielten die Fraktionen über das Bürgermeisterbüro Kenntnis von einer Mitteilung des Landeskriminalamts zum Verfahrensstand. Diese Mitteilung bezog sich auf ein Schreiben der Stadt vom 19. April 2011. Laut LKA liege die Ermittlungsakte bei der Staatsanwaltschaft vor.
- Am 16. Mai 2011 erhielten die Fraktionen Kenntnis von einer Mitteilung der Staatsanwaltschaft an die Stadtverwaltung vom 6. Mai 2011, der zu entnehmen war, dass die Ermittlungen noch andauern.

Seit dem gibt es in der öffentlichen Diskussion immer wieder verschiedene Mutmaßungen über den Stand der Ermittlungen. Dieser Zustand darf so nicht andauern.

Zum einen besteht ein zeitnahe Interesse der Öffentlichkeit, darüber informiert zu sein, ob sich Mandatsträger strafbar gemacht haben. Dies zudem wenn es sich - wie im Falle von Herrn Joseph - um Mandatsträger handelt, die die Stadt Hilden als Bürgermeister öffentlich vertreten.

Zum anderen besteht ein vitales Interesse des Angezeigten daran, dass eventuell unberechtigte Vorwürfe gegen ihn möglichst rasch aus der Welt geschafft werden.

Genau aus diesen Gründen gilt im Strafverfahren, also auch hier und für die Staatsanwaltschaft, das Beschleunigungsgebot.

**Sollte die Staatsanwaltschaft Düsseldorf der Stadt Hilden bis heute bezüglich des Verfahrensstandes keine ausreichende Auskunft erteilt haben, wird der Bürgermeister gebeten, die strafprozessualen Rechte der von ihm vertretenen Stadt als Anzeigende geltend zu machen und aus den oben genannten Gründen dringend auf einer ausführlichen und hinreichend Auskunft zu bestehen.**

**Ggf. bietet sich auch ein Gespräch des Bürgermeisters mit der Behördenleiterin der Staatsanwaltschaft an, um die besondere öffentlichkeitswirksame Brisanz des Falles zu erläutern.**

#### 8.4 Anfrage BA/CDf - Prüfung der vergaberechtlichen Konformität der von der IGH mbH verwirklichten Bauvorhaben; hier: Aktueller Sachstand"

---

RM Weinrich reichte für die BA/CDf-Fraktion folgende Anfrage ein:

*„Prüfung der vergaberechtlichen Konformität der von der IGH mbH verwirklichten Bauvorhaben; hier: Aktueller Sachstand“*

Dem aktuellen Beteiligungsbericht der Stadt Hilden zum verabschiedeten Haushalt 2011 können die Bilanzwerte der Infrastrukturentwicklungsgesellschaft mbH zum 31.12.2009 entnommen werden. Danach ist festzustellen, dass zum Umlaufvermögen ein Kassenbestand und Bankguthaben sowie Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks mit 0,00 € angegeben werden.

Den Ratsmitgliedern sind im vergangenen Jahr vom Bürgermeister in Auftrag gegebene anwaltliche Stellungnahmen zur Kenntnisnahme übermittelt worden, die besagen, dass keinerlei vertragliche Beziehungen zwischen der IGH mbH und der Stadt bestehen.

*Über die Stadtverwaltung wurde mitgeteilt, dass nach wie vor keine vertragliche Grundlage für die bereits seit Monaten erfolgte Nutzung der neuen Feuerwache gegeben ist. Gleichwohl ist festzustellen, dass die neue Feuerwache genutzt wird.*

*Als Mitglied des Rates stellt sich für mich die Frage nach der ordnungsgemäßen Zahlung und Finanzierung der jüngst fertig gestellten Gebäude (u. a. Schulstraße, Feuerwache Hilden).*

*Darüber hinaus sind wesentliche Aspekte aus einem Schreiben der Kommunalaufsicht vom 26. Mai 2010 an die Bezirksregierung offenbar immer noch aktuell:*

*So schrieb der Landrat, „dass auch weiterhin unterschiedliche Betrachtungsweisen bzw. Rechtseinschätzungen zwischen der Kommunalaufsicht und der Stadt Hilden zu den hier in Rede stehenden Themenbereichen bestehen.“ So sei die seinerseits „vertretene Rechtsposition jedenfalls als die rechtssichere anzusehen (..).“*

*Die Kommunalaufsicht teilte der Bezirksregierung mit, sie werde „dem Bürgermeister der Stadt Hilden aufgeben, über die vg. bereits avisierten, zukünftigen Entscheidungen/Maßnahmen (zu) berichten und letztlich dafür Sorge zu tragen, sowohl die vergaberechtliche als auch die gemeindegewirtschaftsrechtliche Konformität sicherzustellen.“*

*Vor diesem Hintergrund frage ich:*

- 1. Ist der Bürgermeister dieser Weisung der Kommunalaufsicht nachgekommen? Wenn ja, wann hat der Bürgermeister dem Landrat im Zusammenhang mit der IGH mbH über welche Entscheidungen und Maßnahmen berichtet? Ist der Bürgermeister bereit, den Fraktionen auf Wunsch diese Berichte in Kopie zu überlassen?*
- 2. Liegen die im Rechnungsprüfungsausschuss am 10. Mai 2010 angekündigten und bei der Beschlussfassung ausdrücklich erwähnten Stellungnahmen der Kommunalaufsicht und der Bezirksregierung inzwischen vor? Wenn nein, hat der Bürgermeister gegenüber Kommunalaufsicht/Bezirksregierung auf die Notwendigkeit dieser Stellungnahmen für die Fortsetzung der Beratungen im Rechnungsprüfungsausschuss hingewiesen?*
- 3. Ist der Bürgermeister in der Lage, dem Rat alle relevanten Informationen in Bezug auf die aktuelle Finanzierungssituation der IGH mbH im Allgemeinen und – bezogen auf die zuvor bezeichneten Gebäude – in jedem konkreten Einzelfall zu geben?*
- 4. Wie und durch wen ist die Errichtung dieser Gebäude finanziert worden? Wer trägt die laufenden Unterhaltungskosten?*
- 5. Wie und von wem sind die ausführenden Handwerksunternehmen bezahlt worden?*
- 6. Liegen hier noch offen stehende Rechnungen vor bzw. ist mit weiteren Kosten zu rechnen?*
- 7. Aufgrund welcher Vereinbarung und aufgrund welchen Rechtsverhältnisses hat die Infrastrukturentwicklungsgesellschaft Hilden mbH auf städtischem Grundstück gebaut und der Stadt das Gebäude anschließend zur Verfügung gestellt?*
- 8. Mit welchen Mitteln wurde die Finanzierung dieser Gebäude bewerkstelligt bzw. sichergestellt?*
- 9. Hat es hierzu Zahlungsanweisungen über die Stadtkasse gegeben?*

*Udo Weinrich, Ratsmitglied BA/CDF*

Ende der Sitzung: 19:25 Uhr

Bürgermeister Horst Thiele  
Vorsitzender

Tobias Schlusche  
Schriftführer/in

Gesehen:

Horst Thiele  
Bürgermeister